

## Auszug aus Streifzüge bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/restoffentlichkeiten-bitte-sammeln.html>)

erstellt am: 24. Juni 2024

Datum dieses Beitrags: Oktober 1999

# Restöffentlichkeiten: Bitte sammeln!

Vom 6. Bis 8. Mai 1999 fand an der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung zu Linz die *Medienkonferenz Linz 1999 – Kurskorrekturen zur Kultur- und Medienpolitik* statt. Erstmals traten VertreterInnen der nichtkommerziellen Internet-Provider, der freien Radios und der alternativen Zeitschriften a) in gebündelte Auseinandersetzung um ihre Aufgabenstellungen und Gestaltungsweisen ein sowie b) gemeinsam als „Dritter Medien-Sektor“ auf. Erwartungsgemäß war a) erfolgreicher als b). Die anwesenden Politiker konnten ihr profundes Unverständnis dessen, womit sie es da zu tun hatten, bei gleichzeitiger Beteuerung, alles unterstützen zu wollen (übrigens bis dato uneingelöst), kaum verhehlen. Die HörerInnen der Live-Übertragung von der Konferenz in Linz (*Radio FRO*) und Wien (*Radio ORANGE 94,0*) dürften da schon weit mehr begriffen haben. Die gute Nachricht ist, daß aus diesem „event“ ein dauernder Diskussions- und Kooperationszusammenhang der beteiligten Initiativen geworden ist: die *Konferenz in Permanenz*, ausgetragen in ungefähr vierteljährlichen Folgetreffen, in Mailinglists und manniglichen bilateralen Gesprächen. Der folgende Text ist eine leicht bearbeitete Zusammenstellung der beiden Redebeiträge von

■ ROBERT ZÖCHLING

Zeitschriften sind keine neuen Medien, sondern schon ziemlich alt. Sie haben bereits einen langen Weg durch diese Gesellschaft zurückgelegt und können daher bereits auf einige Erfahrungen mit ihr und ihrer Politik zurückblicken. Es gab Zeiten der Blüte. Das waren Hoch-Zeiten der Politik zunächst und vor allem im Zuge der Konstituierung bürgerlicher Staaten und der Durchsetzung bürgerlicher Institutionen — in Frankreich vor etwa 200 Jahren, hierzulande weit später und gegenüber dem Prototyp etwas unartikuliert und auch sonst etwas undeutlich (aber dazu weiß Oliver Marchart mehr zu berichten). In diesen frühen Stadien bürgerlicher Vergesellschaftung waren Zeitschriften zwar auch nicht mehr ganz neu — gemessen daran, was bei heutigen Innovationszyklen als neu gelten kann. Für die aufstrebenden Wirtschaftssubjekte samt Anhang gewannen sie aber eine neue Nutzbarkeit als veritable Medien, also Mittel, der Verständigung darüber, was Politik sein und tun sollte. Da der Fortschritt der Politik respektive die Politik des Fortschritts wesentlich darin bestand, möglichst ungehindert Geschäfte machen zu können, gingen Politik und Geschäft in eins und so verblieben sie auch. Das war auch schon der Anfang des Verfalls, in dessen Blüte wir heute stehen. Heute bestünde der Fortschritt darin, etwas anderes als Geschäfte machen zu können oder in erster Annäherung nicht aus allem ein Geschäft machen zu müssen. Daher muß man sich heute entscheiden, ob man eine gesellschaftlich relevante, sich um menschliche Fortschritte bemühende Zeitschrift machen will, oder ein Geschäft. Man muß sich zwar entscheiden, aber man kann nicht, da es keine

marktfreien oder -fernen Räume gibt, in die man sich retten könnte, es sei denn der Staat oder sonstjemand simuliert sie. Womit die Katze aus dem Sack ist und sich in den Schwanz beißt. Wie sich die Dinge heute befinden, ist auf sonstwen eher zu hoffen als auf den Staat: Die Politik interessiert sich für Geschäfte, nicht für menschliche Fortschritte. In der konservativen Variante versichert sie, daß gute Geschäfte irgendwie automatisch menschliche Fortschritte bringen würden. In der sozialdemokratischen Variante beteuert sie, daß gute Geschäfte nur unter sozialdemokratischer Leitung menschliche Fortschritte bringen können. Darum verstehen heute so gut wie alle Politiker nicht, was unsere alternativen Zeitschriften, die kein Geschäft sind, tun und wofür das gut sein soll. Sie sind jedenfalls davon überzeugt, daß das nichts für sie ist und daß man daher nichts dafür tun muß oder sogar etwas dagegen unternehmen muß, weil: Was nicht für uns ist, ist eine Frechheit. Dieser Aspekt würde — neben den an anderer Stelle bereits weidlich ausgeführten, gefährlicheren Aspekten — wenigstens helfen, die absurde Auseinandersetzung der letzten Jahre zwischen unserer Vereinigung und dem Abgeordneten Khol um die von ihm betriebene gesetzwidrige Aberkennung der Publizistikförderung für einige alternative Zeitschriften zu erklären. Nicht-Eingeborenen, denen das tiefe Verständnis des lokalen Brauchtums der Verschmelzung von bitterem Ernst und Lachhaftigkeit, kurzum der *Schmäh*, fehlt, kann man diese Geschichte ohnehin nicht erklären.

Freie Radios und nichtkommerzielle Internet-Provider sind auch kein

Geschäft. Daher ist davon auszugehen, daß die Politiker diese neuen Medien auch nicht verstehen. Jedenfalls nicht als das, was sie sind. Was sie ungefähr verstehen dürften ist: Daß die „neuen Medien“ einer der wenigen Mythen sind, in die sich Fortschrittserwartungen betreffend „die Wirtschaft“ noch ziemlich hemmungslos hineinmaginieren lassen — und daß dabei ein wenig Großzügigkeit nebenbei möglicherweise nicht schaden kann. Obwohl auch diese Vermutung bei Licht betrachtet eine Idealisierung der Politik ist: Die Großzügigkeit bei den freien Radios konnte tatsächlich nur durch jahrelange Drohung mit der Menschenrechtskonvention durchgesetzt werden, ist also eigentlich weder zügig noch letztendes groß ausgefallen.

## Zeitschriften-Reste

Die jüngere Geschichte alternativer Druckmedien und Öffentlichkeiten ist — trotz ebenfalls stattfindender, beherzter Neugründungen — eine Geschichte des Verschwindens. Das *FORVM*, die *MONATSZEITUNG* und eine Zeit lang auch das *Extrablatt* (später *M* — das *Magazin*, wer erinnert sich noch daran?) zeichneten sich durch ein Bemühen aus, das heute im Zeitschriftenbereich so gut wie unmöglich geworden ist: das Bemühen um Allgemeinverbindlichkeit. Obwohl auch sie in Auflage und Reichweite nicht mit Marktmedien konkurrieren konnten, richteten sie sich tendenziell noch an die *Öffentlichkeit* im Singular und erreichten sie in gewisser Weise auch. Das bedeutet, diese Zeitschriften waren weder thematisch spezialisiert noch von vornherein auf eine Klientel mit vornehmlich partikularen Interessen gerichtet. Auf ihre im einzelnen natürlich sehr unterschiedliche Weise suchten und fanden sie die direkte Konkurrenz mit Wochenmagazinen und sonstigen Marktmedien, die man damals noch als „etablierte Öffentlichkeit“ bezeichnen konnte. Beim *FORVM* war es aufgrund seines langen Bestehens sogar umgekehrt: Bevor der „Boulevard“ den Zeitschriftensektor erreichte, gab es dort nur Zeitschriften, die dem *FORVM* und damit den heutigen Alternativzeitschriften verwandt waren: *profil* drang also in die Leserschaft des *FORVM* ein, das wegen seiner traditionellen Position auch noch zu einer

Zeit als etabliert galt, in der es auch ökonomisch schon ziemlich alternativ — sein Herausgeber Gerhard Oberschlick sagte später: flachgeklopft — war. Ich bezeichne diese — heute fehlenden — Druckmedien gelegentlich auch als „intermediäre“ Medien, weil sie wenigstens ein Stück weit zwischen einem (der Parteizugehörigkeit oder dem Geiste nach sozialdemokratischen) „Establishment“ einerseits und Gruppen und Personen, die an jenem Kritik übten und Ansprüche an es richteten, vermitteln konnten. So weit ist die Geschichte nicht so ungewöhnlich und läßt sich wohl auch von anderen europäischen Ländern ungefähr so erzählen. Das ziemlich Österreichische daran ist, daß solche intermediäre Medien im Wesentlichen nur mit sozialdemokratischem oder libyschem Geld (im Falle der *MONATSZEITUNG*) existieren konnten und so etwas wie größere alternative Zeitschriften oder intellektuelle Diskussionsmedien oder Kultur- oder Literaturzeitschriften von allgemein anerkanntem Rang, die eine solche intermediäre Funktion übernehmen hätten können und die es in anderen Ländern gab und immer noch gibt, weder mittels privater Finanzierung noch mittels einer regulären staatlichen Finanzierung — sagen wir einmal: Presseförderung — jemals entstehen konnten. So zerfällt der Zeitschriftensektor, nachdem die Sozialdemokratie ihr Interesse an kritischen Zeitschriften verloren hat, auch die Libyer nicht mehr einspringen, eine staatliche Presseförderung, die etwas fördern würde, nicht existiert und so etwas wie ein liberales Unternehmertum in unserer Gasse auch nie gesehen wurde, wieder strikt in die sinnlose Produktion des Marktes und die partikularen Öffentlichkeiten alternativer Zeitschriften, die sich mit den Teilöffentlichkeiten bescheiden müssen, die sie mit ihren geringen Mitteln eben erreichen. Weite Teile gesellschaftlichen Denkens und Handelns müssen derzeit ohne Öffentlichkeit auskommen.

## Restöffentlichkeiten

Als erstes Charakteristikum alternativer Zeitschriften kann angeführt werden: Daß ihre Aufgabe und ihre Bedeutung erst dann so richtig auffällt, wenn es sie nicht mehr gibt. Erst dann wird der Verlust von Ausdrucks- und Verständigungs-

möglichkeiten schmerzlich bemerkt und festgestellt, daß die Freiheit des Denkens wertlos ist, wenn es sich nicht in Gesellschaft begeben kann.

- Wenn sich Akademiker und Akademikerinnen ein Stück weit über ihr Tagesgeschäft hinaus begeben wollen; und ihren Überschuß an Denken, der in ihrem Beruf beinahe zwangsläufig anfällt und der beinahe zwangsläufig kritisch ist und daher dort nicht verwertbar, publizieren und zur Diskussion stellen wollen — das ist, was man zu vielleicht besseren, jedenfalls anderen Zeiten als die Aufgabe der *Intellektuellen* bezeichnet hat; und wenn sie dann feststellen, daß es dafür kein gedrucktes Medium mehr gibt; dann verlegen sie sich vielleicht auf andere Medien, publizieren ins Datennetz oder gestalten sogar freie Radiosendungen. Das ist gut und wichtig und man soll sie dazu ermutigen. Das ersetzt aber noch nicht die Diskussionszusammenhänge, die alternative Zeitschriften schon einmal geschaffen hatten und weiterhin schaffen.
- Wenn Künstlerinnen und Künstler feststellen, daß sie in der massenmedialen sogenannten Kunstkritik nur noch gut davonkommen, wenn ihre Arbeit irgendwie dem zuträglich ist, was man als *verallgemeinerte österreichische Fremdenverkehrspolitik* bezeichnen könnte; und daß sie mit Diffamierung und Verhöhnung zu rechnen haben, wenn sie für die Standort-Nation als zu kritisch, schwierig, nestbeschmutzend oder schlicht überflüssig betrachtet werden; daß sie jedenfalls mit ernsthaftem Interesse und ernstzunehmender Kritik kaum noch zu rechnen haben; dann ist das für sie ein Grund mehr auszuwandern, den Beruf zu wechseln oder schlimmstenfalls zu versuchen, sich irgendwie für den verallgemeinerten Fremdenverkehr oder — was das gleiche bedeutet — für den Markt fit zu machen. Die vorhin genannten Zeitschriften haben sich um die Darstellung und Kritik aktuellen Theater- und Filmschaffens, aktueller Literatur und bildlicher Kunst bemüht. Die unmöglich vollständig anzuführenden Verbliebenen tun das auch, können aber die ver-

lorene Öffentlichkeit nicht vollständig ersetzen.

- Wenn schließlich Personen und Gruppen, die mit dieser Gesellschaft uneins sind, sie und ihre Institutionen an ihren Grundlagen und in ihrem Bestand kritisieren, gar ablehnen, keine Möglichkeit mehr finden, diese Kritik und Ablehnung zu veröffentlichen und somit unweigerlich und immerhin zur Diskussion zu stellen; dann wird das Gerede von der angeblichen „Gewaltbereitschaft“ der Zeitschriften, die dies ermöglichen, von den endgültig aus aller Öffentlichkeit Ausgeschlossenen vielleicht irgendwann tatsächlich kurzerhand mit Substanz, also mit Gewalt gefüllt werden.
- Selbst den Kritisierten, den Funktionierenden der Politik, den akademischen Verwaltern des Wissens, den Hütern der hohen Kunst, könnte auffallen, daß Kritik, sei sie auch fundamental, sei sie auch lästig gewesen, immer noch besser war als der Abbruch der Beziehungen.

Hier befinden wir uns in der Zuspitzung dessen, was die Aufgaben alternativer Zeitschriften und allgemein alternativer Medien bestimmt: Worauf, außer auf sich selbst und auf einander, können sie sich beziehen?

## Politik-Trümmer

Ist dieser Staat, ist diese Gesellschaft noch in der Lage und willens, Menschen und Ideen, die nicht ohnehin vollständig in den Markt, in Arbeit und Konsum, in tägliche und wöchentliche Meinungsprofilierung (hier könnte man genau sagen: Meinungsformatierung) und gelegentliche Abstimmung integriert sind — sei es weil sie nicht können oder weil sie nicht wollen, auf irgend eine Weise doch noch an der sozialen und kulturellen Integration teilhaben zu lassen oder wird diese Integration dort, wo sie *wirklich* eine Leistung wäre, der überwachenden und strafenden Verwaltung überlassen? Für diese letztere Annahme spricht nicht nur die Erfahrung der alternativen Zeitschriften mit dem Spektakel um die Publizistikförderung der letzten Jahre, bei dem es laut Herrn Khol — man ergänze: *vorläufig* — nicht darum ging, Zeitschriften zu verbieten, sondern bloß darum, sie nicht zu

fördern. Für diese Annahme spricht auch, daß bei sämtlichen aktuellen, politischen Auseinandersetzungen um Sozialleistungen der Kontrollaspekt eine auffallend zentrale Rolle spielt. Für diese Annahme spricht schließlich die ungeheure rechtliche und materielle Aufrüstung von Polizei und Militär sowie deren Nachrichtendiensten.

Der Staat selbst scheint jedenfalls nicht an eine gesellschaftliche Entwicklung zu glauben, die die menschlichen Möglichkeiten halbwegs aller in ihm Lebenden erweitert und verbessert. Nicht sozialer und kultureller Fortschritt stehen auf der Tagesordnung, sondern Sicherung dessen, was gerade noch geht. Funktionserhaltung für das Weiterwursteln am Markt. Kritik und selbst vernünftige Reformvorschläge, die nicht an die Grundlagen der Gesellschaft rühren, werden nur noch als Funktionsstörung wahrgenommen und so weit wie möglich ignoriert, wenn's für Herrn Khol oder sonstwen gerade lustig ist, auch diffamiert.

## Die Negation

Das Weiterwursteln am Medienmarkt ist die verallgemeinerte Ignoranz. Die Medien machen heute anschaulich erkennbar, was unter „negativer Vergesellschaftung“ zu verstehen ist: Die Konstitution einer Gesellschaft *durch* die Negation aller menschlichen Zusammenhänge. In diesem Sinne produzieren Marktmedien „negative Öffentlichkeit“ *durch* die Negation jeden begrifflichen Zusammenhangs. Die Zeitung als Ware funktioniert am besten, wenn sie im redaktionellen Teil genau dasselbe tut, wie im Anzeigenteil: unausgesetzt neue, spektakuläre Reize herstellen, deren Attraktivität nicht in dem liegt, worauf sie sich beziehen, sondern in ihrem rasch alternierenden Arrangement, im Reiz des Neuen, allenfalls Ungewöhnlichen. Seit alles zur Sensation geworden ist, gibt es keinen Skandal mehr, seit jeder zum Promi aufgeblasen werden kann, gibt es keine bekannten Persönlichkeiten mehr. Jedes Wort, jedes Bild ist nur noch Spielmaterial, mit dem sich heute ein Spielzug ausführen läßt und morgen mit der größten Selbverständlichkeit ein ganz anderer. Wörter und Bilder und damit die Wirklichkeit, auf die sie sich beziehen und die gedanklichen Inhalte, zu denen sie

sich formen könnten, sind hier bloßer Rohstoff, der zerstückelt und nach vermutetem Publikumsgeschmack wieder zusammengebastelt wird. Die Wörter und Bilder verlieren damit ihren spezifischen Gebrauchswert: Bedeutungen herzustellen bzw. Bestandteile von Bedeutungen zu sein. Diese Entwicklung ist heute so weit gediehen, daß Bedeutung und Sinn ihrer vollständigen Ausschaltung aus dem gesellschaftlichen Leben entgegengehen.

Dazu ein beinahe beliebig herausgegriffenes Beispiel aus den letzten Tagen: Im *Kurier* vom 4. 5. 1999 wird folgende Stellungnahme des Innenministers zur polizeilichen Tötung eines Flüchtlings bei seiner Abschiebung kolportiert: „Abschiebungen braucht man — das zeigt die Zahl von 17.000 im Vorjahr“ — „beträchtigt Schlögl“, setzt Redakteur Kotanko noch dahinter. Dieser haarsträubende, unverschämte und menschenverachtende Unsinn steht unter dem Titel „Schlögl war zu Rücktritt bereit“. Es ist eine vielleicht falsche, aber wenigstens irgendwie noch vorstellbare Vorstellung, daß ein Minister vor fünfzehn oder zwanzig Jahren allein wegen der *Dummheit* einer solchen Äußerung zurücktreten hätte müssen. Daß man gezwungen ist, sich mit Zeitungen, die sowas unkommentiert kolportieren, zum Zwecke der Kritik überhaupt zu befassen, ist eine an sich unerträgliche Zumutung. Schöpft man in dem täglich erscheinenden Medienschwampf, dann kann man solchen Unrat kübelweise herausholen — aber wo soll man ihn dann hinschütten? Statt des Ministers hat längst schon die Öffentlichkeit abgedankt.

## Die Position

Was der Medienmarkt produziert, sind sinn- und bedeutungslose Meinungen und Mitteilungen, die einem begrifflichen oder moralischen Urteil kaum noch zugänglich sind. Diese Medien sind nicht hauptsächlich daran zu kritisieren, was sie zu enthalten vielleicht noch vorgeben, sondern hauptsächlich daran, was sie nicht enthalten.

Was sie nicht enthalten, weil zu schwierig, zu kritisch oder sonstwie nicht markttauglich, drucken und senden wir in alternativen Medien — das ist ihre gesellschaftliche und kulturelle Aufgabe, daran erkennt man sie und darin

bewähren sie sich.

Diese Aufgabenstellung impliziert etwas: nämlich weitgehende Marktunfähigkeit. Womit sich die Frage nochmals stellt: Worauf können sich alternative Medien beziehen? Und sogleich verschärft: Wie können sie existieren?

Könnten sie sich auf den Staat beziehen, weil der bereit ist, sich auf sie zu beziehen, dann könnten sie möglicherweise auch mit seiner Unterstützung existieren.

Können sie sich nicht auf den Staat beziehen, weil der nicht bereit ist, sich auf sie zu beziehen, so können sie sich, wie so viele andere gesellschaftliche Bestrebungen auch, nur auf eine Zukunft jenseits von Markt und Staat beziehen. In der mühevollen Gegenwart können sie sich nur auf ihre Leserinnen und Leser, auf deren Interesse und in wirtschaftlicher Hinsicht auf deren Abonnement- und Spendenfreudigkeit beziehen, denen bei ungünstigem Verlauf der Beziehungen zum Staat noch einiges zuzumuten sein wird. Da die aber auch nicht so blöde sind, wie sie zugerichtet sein könnten, und — mit Hilfe ihrer Zeitschriften, Sender und Provider — genau mitverfolgen, ob und wohin sich diese Gesellschaft entwickelt und was der Staat tut, muß und darf damit gerechnet werden, daß sich auch das Verhältnis der Leserinnen und Leser, Hörerinnen und Hörer, Userinnen und User zu Staat und Gesellschaft danach richten wird, was von denen noch zu erwarten ist. Darüber hinaus werden nicht alle, die heute an den uneingelösten Fortschrittsverheißungen früherer Tage verunglücken und an der

Perspektivenlosigkeit unserer Tage verzweifeln, in *Depression* oder *Rabianz* verfallen, sondern ihren Unmut zu *Kritik* verdichten und *praktische Kritik* erproben wollen. Gegebenenfalls wird die Zukunft in der Vervielfältigung und weiteren Radikalisierung der Kritik mit welchen Mitteln, also Medien, auch immer liegen. Diese Zukunft wird möglicherweise fürchterlich sein, aber sie wird auf die eine oder andere Art stattfinden und wir werden darin unsere Aufgaben finden und wahrnehmen.

Die Kooperation mit den alternativen, „neuen“ Medien, die wir jetzt glücklich zur Verfügung haben, wird in diesem Zusammenhang einen wichtigen Aspekt bilden. Wir können voneinander viel lernen und wir können uns gemeinsam eine Bedeutung schaffen, die wahrhaft „synergetisch“ sein könnte — also mehr als die Summe der Teile. Mit „Bedeutung“ meine ich die Größe, das Gewicht und die Schönheit der Öffentlichkeiten, die wir gemeinsam herstellen können — diese und nicht sonst jemand werden die Bedeutung unseres Tuns bestimmen und beurteilen. Insofern ist es höchste Zeit für diese gemeinsame Konferenz, die nicht nur ein unübersehbares *event*, sondern der Beginn einer dauernden Kooperation sein soll.

#### P.S.:

Ich habe an der Medienkonferenz nicht nur als Obmann der *Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften* teilgenommen, sondern auch als Redakteur der Zeitschrift **Context XXI**. Wir haben uns erlaubt,

aus den theoretischen/strategischen Überlegungen auch praktische Konsequenzen zu ziehen: **Context XXI** ist seit Juli 1999 ein Multi-Medium, das neben der gedruckten Ausgabe eine relativ selbständige Internet-Ausgabe und die Produktion von Sendungen für die freien Radios umfaßt. Erfolgsgarantien gibt es naturgemäß nicht, der Versuch muß aber ernsthaft sein. Über ebensolches Interesse möchten wir uns freuen können.

#### P.P.S.:

Bei der *IG Kultur Österreich* ist soeben die Dokumentation der Medienkonferenz erschienen. Sie enthält neben allen Redebeiträgen auch zahlreiche nützliche Adressen und Grundsatzserklärungen der teilnehmenden Organisationen: sektor3medien99 - Kurskorrekturen zur Kultur- und Medienpolitik, 181 Seiten, 198,— ATS

**Robert Zöchling:** 1989-1996 Mitgründer, Redakteur und Geschäftsführer der Zeitschrift *Juridikum*. Mitgründung der *Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften* 1990, deren Obmann 1996-2001. Seit 1997 Redakteur der Zeitschrift *ZOOM*. Ab 1999 als geschäftsführender Redakteur: Erweiterung von *ZOOM* durch Fusion mit Alexander Emanuely's Webmedium *CONTEXTXXI* zum Multimedialmedium **Context XXI**.

Lizenz dieses Beitrags  
Gemeinfrei  
Gemeinfrei